
„Wollen keine Katze im Sack kaufen“

KAISERSLAUTERN-SÜD: SPD-Verband zu Fusion

Vor Fusionsgesprächen gründlich und neutral informieren und Bürger wie auch die Ortsgemeinden frühzeitig in den Entscheidungsprozess einbeziehen: Das fordert der SPD-Gemeindeverband Kaiserslautern-Süd mit Blick auf eine bevorstehende Fusion der Verbandsgemeinde.

„Die sechs Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd und die Interessen der dort lebenden Bürger lassen sich nicht so einfach über einen Kamm scheren“, so der Gemeindeverband. Wie berichtet, hatten Bürgermeister Uwe Unnold (FWG) und sein Landstuhler Amtskollege Peter Degenhardt (CDU) die Fusionsgespräche wieder aufgenommen.

„Geschichte, Bindungen und auch die aktuelle Interessenslage sind unterschiedlich. Intensive Gespräche müssen zeigen, wie eine gemeinsame Lösung aussehen könnte. Dafür haben wir noch genügend Zeit und die wollen wir uns auch nehmen“, kündigt Reinhold Meister an, der Vorsitzende des SPD-Gemeindeverbands.

Wer diesen gemeinsamen Weg ernsthaft mitgehen will, dürfe nicht schon vor dem Beginn von Gesprä-

chen grundsätzliche Positionen aufbauen, „besonders wenn sie nicht begründet werden können“. Gleichzeitig sollten wichtige Alternativen für einzelne Ortsgemeinden nicht ausgeschlossen werden. „Ebenso müssen persönliche Interessen einzelner Personen oder Einrichtungen außen vor bleiben“, so der Gemeindeverband.

Dieser kündigt an: „Zum Wohl unserer Bürger und auch der Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd werden wir ausschließlich Lösungen akzeptieren, die möglichst viele Vorteile bieten.“

Gleichzeitig sollten die Bürger in die anstehenden politischen Entscheidungsprozesse „frühzeitig, unmittelbar und kompetent“ einbezogen werden. Zudem sollten in allen Ortsgemeinden die neu gewählten Räte möglichst zeitnah ihre Position mitteilen: „Dazu müssen aktuelle und fundierte Informationen durch die Verbandsgemeindeverwaltung aufgearbeitet und vorgelegt werden.“

Ende August wollen sich der Gemeindeverband und die Fraktion im Verbandsgemeinderat ausführlich mit den Begebenheiten befassen. „Eines ist klar: Wir wollen keine Katze im Sack kaufen“, die SPD. (red)
